

07.05.93

In - Fz

42 Seiten

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993

(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 - BBVAnpG 93)

A. Zielsetzung

1. Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 4. Februar 1993.
2. Spürbarer Beitrag zu der infolge der Einigung Deutschlands erforderlichen Beschränkung der öffentlichen Ausgaben im Rahmen einer solidarischen Lastenverteilung.

B. Lösung

1. Zum 1. Mai 1993 werden die Bezüge linear um 3 v.H. angehoben. Gegenüber dem Tarifiergebnis vom 4. Februar 1993 tritt die Erhöhung mit demselben Vomhundertsatz vier Monate später in Kraft.

...
Fristablauf: 18.06.93

2. Zum 1. Januar 1993 wird - entsprechend dem Tarifiergebnis vom 4. Februar 1993 - der Ortszuschlag in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind einheitlich um je 10 DM erhöht.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden Mehrkosten in Höhe von 636,4 Millionen DM entstehen.

Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet.

07.05.93

In - Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Ver-
sorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993

(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 - BBVAnpG 93)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 7. Mai 1993

021 (132) - 225 00 - Bu 197/93

An den
Präsidenten des Bundesrates

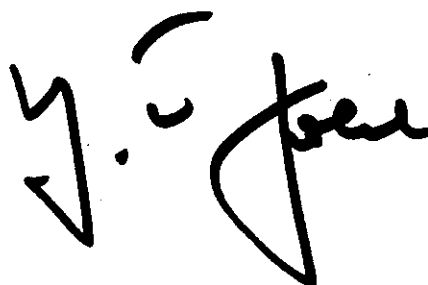
Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von
Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und
Ländern 1993 (Bundesbesoldungs- und -versor-
gungsanpassungsgesetz 1993 - BBVAnpG 93)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Fristablauf: 18.06.93

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Fischer', is written over the bottom right portion of the document.

**Entwurf eines Gesetzes
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1993 (Bundesbesoldungs- und
-versorgungsanpassungsgesetz 1993 - BBVAnpG 93)
Vom 1993**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende
Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes**

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom
9. März 1992 (BGBl. I S. 409), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I
S. ...), wird wie folgt geändert:

Die Anlagen IV bis VII, VIII und IX werden durch die Anlagen 1 bis
31, 4 und 5 dieses Gesetzes ersetzt.

Artikel 2
Anpassung von Bezügen

§ 1

Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften

(1) Um 3 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)

- a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
- b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
- c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,

- 2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkungen Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,

- 3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der in gleicher Weise wie die Dienstbezüge nach Absatz 1 erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 2

Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Absatz 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 1 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungsgesetzes um den in § 1 Abs. 1 genannten Vohundertatz erhöht. An die Stelle der Sätze des

Ortszuschlages in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um den in § 1 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(6) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Zulage nach den Nummern 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 oder 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B oder nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung C oder nach Nummer 1 a der Vorbemerkungen zu der Bundesbesoldungsordnung R des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Zulagen in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes die Sätze in der Fassung der Anlage 5 dieses Gesetzes.

(7) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 2,9 vom Hundert ab 1. Mai 1993 erhöht. Entsprechendes gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

(8) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt um den Betrag von 77,11 Deutsche Mark, wenn

ihren Versorgungsbezügen die Stellenzulage nach der Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a oder b zu den Besoldungsordnungen A und B nicht zugrundeliegt.

Artikel 3

Änderung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte

§ 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I ...), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird

der Betrag "14,69 Deutsche Mark" durch
den Betrag "15,15 Deutsche Mark",
der Betrag "17,06 Deutsche Mark" durch
den Betrag "17,60 Deutsche Mark",
der Betrag "22,77 Deutsche Mark" durch
den Betrag "23,50 Deutsche Mark" und
der Betrag "30,82 Deutsche Mark" durch
den Betrag "31,75 Deutsche Mark"
ersetzt.

2. In Absatz 3 werden

der Betrag "23,55 Deutsche Mark" durch
den Betrag "24,30 Deutsche Mark",
der Betrag "29,20 Deutsche Mark" durch
den Betrag "30,10 Deutsche Mark",
der Betrag "34,70 Deutsche Mark" durch
den Betrag "35,75 Deutsche Mark" und
die Beträge "40,50 Deutsche Mark"
jeweils durch den Betrag "41,75 Deutsche Mark"
ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I, S. 519), zuletzt geändert durch, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag "4,25 Deutsche Mark" durch den Betrag "4,40 Deutsche Mark" ersetzt.
2. In § 19a wird der Betrag "2,03 Deutsche Mark" durch den Betrag "2,09 Deutsche Mark" ersetzt.

Artikel 5

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Neufassungen

Das Bundesministerium des Innern kann den Wortlaut des Bundesbesoldungsgesetzes und den Wortlaut der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen in der Fassung, die am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats gilt, im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

§ 2

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 3 und Artikel 4 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

§ 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1993 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft, soweit in Satz 2 der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes, die durch die Anlage 2 dieses Gesetzes ersetzt wird, die kinderbezogenen Erhöhungsbeträge geregelt werden.

Anlage 1
(Anlage IV des BBes3)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag- tarif- klasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 1		1436,70	1486,42	1536,14	1585,86	1635,58	1685,30	1735,02	1784,74							
A 2		1560,69	1610,04	1659,39	1708,74	1758,09	1807,44	1856,79	1906,14							
A 3		1660,14	1712,64	1765,14	1817,64	1870,14	1922,64	1975,14	2027,64							
A 4		1716,52	1778,33	1840,14	1901,95	1963,76	2025,57	2087,38	2149,19							
A 5	II	1737,06	1802,40	1867,74	1933,08	1998,42	2063,76	2129,10	2194,44	2259,78						
A 6		1797,65	1867,66	1937,67	2007,68	2077,69	2147,70	2217,71	2287,72	2357,73	2427,74					
A 7		1912,77	1983,56	2054,35	2125,14	2195,93	2266,72	2337,51	2408,30	2479,09	2549,88	2620,67	2691,46			
A 8		1999,44	2084,11	2168,78	2253,45	2338,12	2422,79	2507,46	2592,13	2676,80	2761,47	2846,14	2930,81	3015,48		
A 9		2147,95	2227,88	2311,18	2395,13	2480,64	2573,82	2667,00	2760,18	2853,36	2946,54	3039,72	3132,90	3226,08		
A10		2351,99	2467,77	2583,55	2699,33	2815,11	2930,89	3046,67	3162,45	3278,23	3394,01	3509,79	3625,57	3741,35		
A11	IC	2740,16	2858,79	2977,42	3096,05	3214,68	3333,31	3451,94	3570,57	3689,20	3807,83	3926,46	4045,09	4163,72	4282,35	
A12		2984,64	3126,08	3267,52	3408,96	3550,40	3691,84	3833,28	3974,72	4116,16	4257,60	4399,04	4540,48	4681,92	4823,36	
A13		3381,45	3534,18	3686,91	3839,64	3992,37	4145,10	4297,83	4450,56	4603,29	4756,02	4908,75	5061,48	5214,21	5366,94	
A14		3480,62	3678,67	3876,72	4074,77	4272,82	4470,87	4668,92	4866,97	5065,02	5263,07	5461,12	5659,17	5857,22	6055,27	
A15	Ib	3924,31	4142,06	4359,81	4577,56	4795,31	5013,06	5230,81	5448,56	5666,31	5884,06	6101,81	6319,56	6537,31	6755,06	6972,81
A16		4361,72	4613,56	4865,40	5117,24	5369,08	5620,92	5872,76	6124,60	6376,44	6628,28	6880,12	7131,96	7383,80	7635,64	7887,48

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)
2. Bundesbesoldungsordnung B
Besoldungs- Ortszuschlag
gruppe Tariffklasse

B 1		6972,81
B 2	Ib	8269,81
B 3		8652,11
B 4		9227,19
B 5		9886,94
B 6		10509,99
B 7	Ia	11116,03
B 8		11747,73
B 9		12532,06
B10		14967,64
B11		16341,24

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

3. Bundesbesoldungsordnung C

Ortszu- Besol- schlag dungs- tarif- gruppe klasse	Dienstaltersstufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3381,45	3534,18	3686,91	3839,64	3992,37	4145,10	4297,83	4450,56	4603,29	4756,02	4908,75	5061,48	5214,21	5366,94	
C 2	3390,91	3634,31	3877,71	4121,11	4364,51	4607,91	4851,31	5094,71	5338,11	5581,51	5824,91	6068,31	6311,71	6555,11	6798,51
C 3	3832,04	4107,63	4383,22	4658,81	4934,40	5209,99	5485,58	5761,17	6036,76	6312,35	6587,94	6863,53	7139,12	7414,71	7690,30
C 4	4962,77	5239,80	5516,83	5793,86	6070,89	6347,92	6624,95	6901,98	7179,01	7456,04	7733,07	8010,10	8287,13	8564,16	8841,19

Satz 2 unterhalb der
Ortszuschlagstabelle
gültig ab 1. Januar 1993

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Ortszuschlag (Monatsbeträge in DM)		
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
Ia	B3 bis B11 C4 R3 bis R10	1066,03	1236,09	1381,60
Ib	B1 und B2 A13 bis A16 C1 bis C3 R1 und R2	899,29	1069,34	1214,85
Ic	A9 bis A12	799,21	969,27	1114,78
II	A1 bis A8	752,87	914,81	1060,32

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 145,51 DM.

in Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse IC 639,37 DM
Tarifklasse II 602,30 DM

Anlage 3a
(Anlage VII des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1453	1717	1981	2245	2509	2773	3037	3301	3565	3829	4093	4357
A 9.....	1709	1993	2277	2561	2845	3129	3413	3697	3981	4265	4549	4833
A 10.....	1933	2228	2523	2818	3113	3408	3703	3998	4293	4588	4883	5178
A 11.....	2109	2418	2727	3036	3345	3654	3963	4272	4581	4890	5199	5508
A 12.....	2347	2674	3001	3328	3655	3982	4309	4636	4963	5290	5617	5944
A 13.....	2581	2921	3261	3601	3941	4281	4621	4961	5301	5641	5981	6321
A 14.....	2820	3172	3524	3876	4228	4580	4932	5284	5636	5988	6340	6692
A 15.....	3149	3530	3911	4292	4673	5054	5435	5816	6197	6578	6959	7340
A 16 bis B 2.....	3337	3738	4139	4540	4941	5342	5743	6144	6545	6946	7347	7748
B 3 und B 4.....	3337	3758	4179	4600	5021	5442	5863	6284	6705	7126	7547	7968
B 5 bis B 7.....	3685	4151	4617	5083	5549	6015	6481	6947	7413	7879	8345	8811
B 8 und höher...	3957	4485	5013	5541	6069	6597	7125	7653	8181	8709	9237	9765

Anlage 3b
(Anlage Vb des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1235	1459	1683	1907	2131	2355	2579	2803	3027	3251	3475	3699
A 9.....	1453	1694	1935	2176	2417	2658	2899	3140	3381	3622	3863	4104
A 10.....	1643	1894	2145	2396	2647	2898	3149	3400	3651	3902	4153	4404
A 11.....	1793	2056	2319	2582	2845	3108	3371	3634	3897	4160	4423	4686
A 12.....	1995	2273	2551	2829	3107	3385	3663	3941	4219	4497	4775	5053
A 13.....	2194	2483	2772	3061	3350	3639	3928	4217	4506	4795	5084	5373
A 14.....	2397	2696	2995	3294	3593	3892	4191	4490	4789	5088	5387	5686
A 15.....	2677	3001	3325	3649	3973	4297	4621	4945	5269	5593	5917	6241
A 16 bis B 2.....	2836	3177	3518	3859	4200	4541	4882	5223	5564	5905	6246	6587
B 3 und B 4.....	2836	3194	3552	3910	4268	4626	4984	5342	5700	6058	6416	6774
B 5 bis B 7.....	3132	3528	3924	4320	4716	5112	5508	5904	6300	6696	7092	7488
B 8 und höher...	3363	3812	4261	4710	5159	5608	6057	6506	6955	7404	7853	8302

Anlage 3c
(Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1017	1202	1387	1572	1757	1942	2127	2312	2497	2682	2867	3052
A 9.....	1196	1395	1594	1793	1992	2191	2390	2589	2788	2987	3186	3385
A 10.....	1353	1560	1767	1974	2181	2388	2595	2802	3009	3216	3423	3630
A 11.....	1476	1692	1908	2124	2340	2556	2772	2988	3204	3420	3636	3852
A 12.....	1643	1872	2101	2330	2559	2788	3017	3246	3475	3704	3933	4162
A 13.....	1807	2045	2283	2521	2759	2997	3235	3473	3711	3949	4187	4425
A 14.....	1974	2220	2466	2712	2958	3204	3450	3696	3942	4188	4434	4680
A 15.....	2204	2471	2738	3005	3272	3539	3806	4073	4340	4607	4874	5141
A 16 bis B 2.....	2336	2617	2898	3179	3460	3741	4022	4303	4584	4865	5146	5427
B 3 und B 4.....	2336	2631	2926	3221	3516	3811	4106	4401	4696	4991	5286	5581
B 5 bis B 7.....	2579	2905	3231	3557	3883	4209	4535	4861	5187	5513	5839	6165
B 8 und höher....	2770	3140	3510	3880	4250	4620	4990	5360	5730	6100	6470	6840

Anlage 3d
(Anlage VId des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
- Unterkunft und Verpflegung -
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	712	841	970	1099	1228	1357	1486	1615	1744	1873	2002	2131
A 9.....	837	976	1115	1254	1393	1532	1671	1810	1949	2088	2227	2366
A10.....	947	1092	1237	1382	1527	1672	1817	1962	2107	2252	2397	2542
A11.....	1033	1184	1335	1486	1637	1788	1939	2090	2241	2392	2543	2694
A12.....	1150	1310	1470	1630	1790	1950	2110	2270	2430	2590	2750	2910
A13.....	1265	1432	1599	1766	1933	2100	2267	2434	2601	2768	2935	3102
A14.....	1382	1554	1726	1898	2070	2242	2414	2586	2758	2930	3102	3274
A15.....	1543	1730	1917	2104	2291	2478	2665	2852	3039	3226	3413	3600
A16 bis B 2.....	1635	1832	2029	2226	2423	2620	2817	3014	3211	3408	3605	3802
B 3 und B 4.....	1635	1842	2049	2256	2463	2670	2877	3084	3291	3498	3705	3912
B 5 bis B 7.....	1805	2033	2261	2489	2717	2945	3173	3401	3629	3857	4085	4313
B 8 und höher...	1939	2198	2457	2716	2975	3234	3493	3752	4011	4270	4529	4788

Anlage 3e
(Anlage VII des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
- Unterkunft oder Verpflegung -
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	1	2	3	4	Stufe							
					5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	864	1021	1178	1335	1492	1649	1806	1963	2120	2277	2434	2591
A 9.....	1017	1186	1355	1524	1693	1862	2031	2200	2369	2538	2707	2876
A 10.....	1150	1326	1502	1678	1854	2030	2206	2382	2558	2734	2910	3086
A 11.....	1255	1439	1623	1807	1991	2175	2359	2543	2727	2911	3095	3279
A 12.....	1397	1592	1787	1982	2177	2372	2567	2762	2957	3152	3347	3542
A 13.....	1536	1738	1940	2142	2344	2546	2748	2950	3152	3354	3556	3758
A 14.....	1678	1887	2096	2305	2514	2723	2932	3141	3350	3559	3768	3977
A 15.....	1873	2100	2327	2554	2781	3008	3235	3462	3689	3916	4143	4370
A 16 bis B 2.....	1986	2225	2464	2703	2942	3181	3420	3659	3898	4137	4376	4615
B 3 und B 4.....	1986	2237	2488	2739	2990	3241	3492	3743	3994	4245	4496	4747
B 5 bis B 7.....	2192	2469	2746	3023	3300	3577	3854	4131	4408	4685	4962	5239
B 8 und höher....	2355	2669	2983	3297	3611	3925	4239	4553	4867	5181	5495	5809

Anlage 3f
(Anlage Vif des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1612	1884	2156	2428	2700	2972	3244	3516	3788	4060	4332	4604
A 9.....	1887	2179	2471	2763	3055	3347	3639	3931	4223	4515	4807	5099
A 10.....	2134	2437	2740	3043	3346	3649	3952	4255	4558	4861	5164	5467
A 11.....	2331	2650	2969	3288	3607	3926	4245	4564	4883	5202	5521	5840
A 12.....	2592	2928	3264	3600	3936	4272	4608	4944	5280	5616	5952	6288
A 13.....	2851	3202	3553	3904	4255	4606	4957	5308	5659	6010	6361	6712
A 14.....	3113	3476	3839	4202	4565	4928	5291	5654	6017	6380	6743	7106
A 15.....	3480	3874	4268	4662	5056	5450	5844	6238	6632	7026	7420	7814
A 16 bis B 2.....	3700	4114	4528	4942	5356	5770	6184	6598	7012	7426	7840	8254
B 3 und B 4.....	3710	4146	4582	5018	5454	5890	6326	6762	7198	7634	8070	8506
B 5 bis B 7.....	4136	4616	5096	5576	6056	6536	7016	7496	7976	8456	8936	
B 8 und höher...	4472	5015	5558	6101	6644	7187	7730	8273	8816	9359		

Anlage 3g
(Anlage Vig des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	1	2	3	4	5	6	Stufe					
							7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1382	1613	1844	2075	2306	2537	2768	2999	3230	3461	3692	3923
A 9.....	1617	1865	2113	2361	2609	2857	3105	3353	3601	3849	4097	4345
A 10.....	1830	2088	2346	2604	2862	3120	3378	3636	3894	4152	4410	4668
A 11.....	2000	2271	2542	2813	3084	3355	3626	3897	4168	4439	4710	4981
A 12.....	2225	2510	2795	3080	3365	3650	3935	4220	4505	4790	5075	5360
A 13.....	2449	2747	3045	3343	3641	3939	4237	4535	4833	5131	5429	5727
A 14.....	2672	2980	3288	3596	3904	4212	4520	4828	5136	5444	5752	6060
A 15.....	2988	3322	3656	3990	4324	4658	4992	5326	5660	5994	6328	6662
A 16 bis B 2.....	3178	3529	3880	4231	4582	4933	5284	5635	5986	6337	6688	7039
B 3 und B 4.....	3193	3563	3933	4303	4673	5043	5413	5783	6153	6523	6893	7263
B 5 bis B 7.....	3562	3970	4378	4786	5194	5602	6010	6418	6826	7234	7642	
B 8 und höher...	3856	4318	4780	5242	5704	6166	6628	7090	7552	8014		

Anlage 3h
(Anlage VII des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 8.....	1159	1349	1539	1729	1919	2109	2299	2489	2679	2869	3059	3249
A 9.....	1353	1558	1763	1968	2173	2378	2583	2788	2993	3198	3403	3608
A10.....	1531	1742	1953	2164	2375	2586	2797	3008	3219	3430	3641	3852
A11.....	1675	1899	2123	2347	2571	2795	3019	3243	3467	3691	3915	4139
A12.....	1861	2097	2333	2569	2805	3041	3277	3513	3749	3985	4221	4457
A13.....	2049	2293	2537	2781	3025	3269	3513	3757	4001	4245	4489	4733
A14.....	2238	2491	2744	2997	3250	3503	3756	4009	4262	4515	4768	5021
A15.....	2502	2778	3054	3330	3606	3882	4158	4434	4710	4986	5262	5538
A16 bis B 2.....	2663	2953	3243	3533	3823	4113	4403	4693	4983	5273	5563	5853
B 3 und B 4.....	2678	2983	3288	3593	3898	4203	4508	4813	5118	5423	5728	6033
B 5 bis B 7.....	2993	3328	3663	3998	4333	4668	5003	5338	5673	6008	6343	
B 8 und höher...	3245	3627	4009	4391	4773	5155	5537	5919	6301	6683		

Anlage 31
(Anlage VII des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1

Stufe des Auslandszuschlags

nach § 56
Abs. 1 Nr. 2

Besoldungsgruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 16	211	242	273	304	335	366	397	428	459	490	521	552
B 1 bis B 11												211

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in der Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4
(Anlage VIII des BBesG)

Anwärtergrundbetrag Anwärterverheiratenzuschlag		Anwärterverheiratenzuschlag (Monatsbeträge in DM)		Verheiratenzuschlag	
Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt		Grundbetrag		nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
		vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres		
A 1 bis A 4.....		1242	1362	324	108
A 5 bis A 8.....		1432	1592	375	108
A 9 bis A 11.....		1516	1699	433	108
A 12.....		1736	1932	457	108
A 13.....		1786	1992	473	108
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbe- merkungen zu den Bundesbesoldungsordnun- gen A und B) oder R1.....		1838	2058	488	108

Anlage 5
(Anlage IX des BBesG)

Antszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Bundesbesoldungsgesetz

§44 bis zu 200,00

§48 Abs. 2 bis zu 100,00

§78 bis zu 150,00

§80a Abs. 1,2 Die Zulage beträgt für die Beamten
des einfachen Dienstes 120,00
des mittleren Dienstes 180,00
des gehobenen Dienstes 300,00
des höheren Dienstes 430,00

Absatz 3 Buchstabe a
Nummer 1 500,00
Nummer 2 170,00

Buchstabe b
Nummer 1 200,00
Nummer 2 120,00

Bundesbesoldungsordnungen A und B

Vorbemerkungen

Nummer 2 Abs. 2 250,00

Nummer 4 100,00

Nummer 4a 150,00

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Dem Grunde nach geregelt in

Nummer 5

Die Zulage beträgt für
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte
der Besoldungsgruppen A5 und A6

70,00

Unteroffiziere/Beamte
der Besoldungsgruppen A7 bis A9

100,00

Offiziere/Beamte des gehobenen
und höheren Dienstes

150,00

Nummer 5a

Absatz 1 Buchstabe a
Buchstabe b
Buchstabe c

180,00

300,00

430,00

270,00

200,00

200,00

80,00

130,00

120,00

270,00

200,00

200,00

80,00

250,00

130,00

120,00

900,00

720,00

576,00

200,00

Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a
Buchstabe b
Buchstabe c

Nummer 6a

Nummer 7
Die Zulage beträgt für die Beamten
und Soldaten der Besoldungsgruppen

12,5 v.H. des Endgrundgehalts
oder, bei festen Gehältern,
des Grundgehalts der Besol-
dungsgruppe *)

A1 bis A5

A6 bis A9

A10 bis A13

A14, A15, B1

A16, B2 bis B4

B5 bis B7

B8 bis B10

B11

A5

A9

A13

A15

B3

B6

B9

B11

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 8 Afs. 1 Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher	230,16 316,47 402,78 489,08
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes	172,62 230,16 287,69
Nummer 8a Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher	126,59 172,62 212,90 253,18
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes	92,07 120,84 149,61
Nummer 8b Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen A1 bis A5 A6 bis A9 A10 bis A13 A14 und höher	207,15 264,68 345,24 425,79
für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes	155,36 207,15 258,93
Nummer 8c Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes	100,00 150,00 220,00 300,00
Nummer 8d Die Zulage beträgt für die Beamten des einfachen Dienstes des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes des höheren Dienstes	150,00 200,00 220,00 250,00

Dem Grunde nach geregelt in Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Nummer 9 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	115,09 230,16
Nummer 9a Absatz 1 Buchstabe a Buchstabe b Buchstabe c Absatz 2 Buchstabe a Buchstabe b	200,00 400,00 300,00 80,00 100,00
Nummer 10 Abs. 1 Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren	115,09 230,16
Nummer 11 1/12 des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)	
Nummer 12	172,62
Nummer 13a bis zu	150,00
Nummer 19 Satz 1	341,85
Nummer 21	286,78
Nummer 23 Absatz 1 Absatz 2	20,00 45,00
Nummer 24 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes / für Unteroffiziere des gehobenen Dienstes / für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A12	20,00 45,00 75,00
Nummer 25	
Nummer 26 Absatz 1 Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes des gehobenen Dienstes	33,34 75,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBL. I S. 3091)

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	
Nummer 2b Buchstabe a Buchstabe b	184,13 69,06
Nummer 3 Die Zulage beträgt	
12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grund- gehalts der Besoldungsgruppe *)	
für Beamte der Besoldungsgruppe C1 für Beamte der Besoldungsgruppe C2 für Beamte der Besoldungsgruppen C3 und C4	A13 A15 B3
Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R1 der Besoldungsgruppe R2	402,00 450,00
Besoldungsgruppe C2	Fußnote 1 204,04

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Betrag in Deutscher Mark,
Vomhundert, Bruchteil

Dem Grunde nach geregelt in

Bundesbesoldungsordnung R
Vorbemerkungen

69,06

Nummer 1a

12,5 v.H. des Endgrundgehalts oder,
bei festen Gehältern, des Grund-
gehalts der Besoldungsgruppe *)

Nummer 2
Die Zulage beträgt

a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des
Bundes für die Richter und Staatsanwälte der
Besoldungsgruppe(n)

R1
R2 bis R4
R5 bis R7
R8 bis R10

b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der
Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen
kein Richteramt übertragen ist, für die Richter
und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)

R1
R2 bis R4
R5 bis R7
R8 bis R10

75,00

Nummer 4

Besoldungsgruppen

Fußnote

1,2
3 bis 8,10
3
2

283,51
283,51
283,51
566,91

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 §5 des Haushaltsstrukturgesetzes
vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091)

Begründung:

I. Allgemeines

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der Gesetzentwurf eine Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge ab 1. Mai 1993 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder.

Ausgehend vom Tarifiergebnis für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes vom 4. Februar 1993 werden die Bezüge der Besoldungs- und Versorgungsempfänger mit dem gleichen Vomhundertsatz (3 v.H.) angehoben. Die Erhöhungen sollen vier Monate später als der Tarifabschluß in Kraft treten; im Jahresdurchschnitt 1993 werden die Bezüge somit um 2,08 v.H. angehoben.

Die Anpassung umfaßt auch eine Erhöhung des Ortszuschlages in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind um je 10 DM. Diese Regelung tritt am 1. Januar 1993 entsprechend dem Tarifiergebnis in Kraft.

Das Hinausschieben der linearen Erhöhung um vier Monate auf den 1. Mai 1993 hat Minderausgaben von nahezu 1 v.H. der Besoldungs- und Versorgungsanpassung zur Folge.

Damit leisten Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger einen spürbaren besonderen Beitrag zum Ausgleich der Kostenbelastungen, die nach der Einigung Deutschlands durch den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern entstehen.

In den öffentlichen Haushalten werden durch die Verschiebung der Besoldungsanpassung erhebliche Mittel für wichtige und notwendige Aufbauleistungen freigestellt; es werden Einsparungen von

insgesamt rund 1,57 Mrd DM erzielt, im Bundeshaushalt von 280 Mio DM. Dieser besondere Einsparungsbeitrag der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger wird künftig zu berücksichtigen sein. Eine Arbeitsmarktabgabe ist nicht vorgesehen.

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates (Art. 74a Abs. 2 GG).

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Die Grundgehaltssätze und die Sätze des Ortszuschlags (Anlagen IV und V des Bundesbesoldungsgesetzes) sowie die Amtszulagen der Beamten, Richter und Soldaten werden ab 1. Mai um 3 vom Hundert angehoben. Wie in den vergangenen Jahren sind in die Linearanpassung auch die allgemeine Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R), die Sicherheitszulagen (Vorbem. Nr. 8, 8a und 8b), die Polizeizulage (Vorbem. Nr. 9), die Feuerwehrezulage (Vorbem. Nr. 10) und die Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und psychiatrischen Krankenanstalten (Vorbem. Nr. 12) einbezogen.

Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze und die neuen Ortszuschläge ergeben sich aus den Anlagen 1 und 2 des Gesetzentwurfs. Entsprechend dem Tarifabschluß vom 4. Februar 1993 wird der Ortszuschlag in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 für jedes zu berücksichtigende Kind um jeweils 10,-- DM (Satz 2 unterhalb der Ortszuschlags-Tabelle in Anlage 2) angehoben; die Regelung tritt entsprechend dem Tarifergebnis mit Wirkung vom 1. Januar 1993 in Kraft.

Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 5 des Gesetzentwurfs ersichtlich; die Sätze der übrigen Zulagen in Anlage 5 - ausgenommen die Zulagen nach den Vorbemerkungen Nr. 8, 8a, 8b, 9, 10, 12 und 27 zu den BBesO A und B, Nr. 2b zur BBesO C sowie Nr. 1a zur BBesO R - werden nicht angepaßt.

Die Auslandszuschläge (Anlagen 3 a bis 3 h des Gesetzentwurfs) und der Auslandskinderzuschlag (Anlage 3 i des Gesetzentwurfs) werden unter Berücksichtigung der auch in den vergangenen Jahren angewendeten Minderungssätze ebenfalls erhöht.

Die Anwärterbezüge werden einheitlich um 3 v.H. mit Wirkung vom 1. Mai 1993 angehoben (Anlage 4 des Gesetzentwurfs).

Zu Artikel 2

(Anpassung von Bezügen)

Zu § 1 (Fortgeltende landesrechtliche Vorschriften)

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 5 des Gesetzentwurfs zugrunde liegt. Mit erfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich. In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

Zu § 2 (Versorgungsbezüge)

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfs. Die unter Absatz 7 fallenden Versorgungsbezüge werden um den durchschnittlichen Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge angehoben.

Zu Artikel 3 (Mehrarbeitsvergütung)

Nachvollzug der Tarifänderungen für die vergleichbaren Besoldungsleistungen.

Zu Artikel 4 (Erschwerniszulagen)

Nachvollzug der Tarifänderungen für die vergleichbaren Besoldungsleistungen.

Zu Artikel 5 (Übergangs- und Schlußvorschriften)

Zu § 1

Ermächtigung zur Neubekanntmachung des Bundesbesoldungsgesetzes und der in diesem Gesetz geänderten Verordnungen.

Zu § 2

Die Vorschrift ermöglicht die Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang.

Zu § 3

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

III. Stellungnahme der Gewerkschaften

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Richterbund e.V., Bund Deutscher Verwaltungsrichter, Christlicher Gewerkschaftsbund und Deutscher Bundeswehrverband e.V.) haben sich übereinstimmend gegen die zeitliche Verschiebung der Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge gewandt. Sie sehen hierin ein erneutes Sonderopfer der Beamten, das sie ablehnen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert stattdessen die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe.

Die Forderung nach einer weiteren Anhebung der Sätze der Mehrarbeitsvergütung blieb ebenso wie das Begehren nach weiteren strukturellen Verbesserungen unberücksichtigt.

Das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1993 soll frei von strukturellen Änderungen bleiben. Die Bundesregierung folgt damit zugleich der Forderung des Bundesrates, Gesetze über die lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge von strukturellen Änderungen freizuhalten.

IV. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte (einschl. neue Bundesländer):

1.	<u>Bundeshaushalt</u>	<u>Mio DM</u>
1.1	Obergruppe 42	
	Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1993	425,2
	(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(610,8)
1.2	Obergruppe 43	
	Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	211,2
	(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(305,0)
1.3	Minderausgaben	

Durch Hinausschiebung der Besoldungs- und Versorgungsanpassung um vier Monate auf den 1. Mai 1993 ergibt sich eine Einsparung von 279,4 Mio DM.

2. Auswirkungen auf andere
öffentliche Haushalte
(zum Teil geschätzt)

	Besoldung	Versorgung
	Millionen DM	

2.1 Deutsche Bundesbahn

Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	142,1	137,4
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(203,6)	(198,4)

2.2 Deutsche Bundespost

Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	322,2	103,3
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(457,0)	(149,1)

2.3 Länder und Stadtstaaten

Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	1.498,6	428,0
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(2.156,2)	(618,0)

2.4 Gemeinden und Gemeindeverbände
(Gebietskörperschaften)

Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	208,3	90,6
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(295,9)	(130,8)

2.5 Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)

Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	37,5	10,4
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(53,2)	(14,8)

3. <u>Gesamtkosten des Gesetzentwurfs</u>	<u>Mio DM</u>
Besoldungsanpassung ab 1. Mai 1993	2.633,9
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(3.776,7)
Versorgungsanpassung ab 1. Mai 1993	980,9
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(1.416,1)
insgesamt	3.614,8
(Jahresbetrag 1993 ohne zeitliche Verschiebung)	(5.192,8)

Durch die viermonatige Verschiebung des Inkrafttretens der Besoldungs- und Versorgungsanpassung ergeben sich Minderausgaben in allen öffentlichen Haushalten von rund 1,57 Mrd. DM.

Die vorgesehenen Einkommensverbesserungen dürften nicht geeignet sein, wesentliche zusätzliche Nachfrage auszulösen, so daß Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten sind.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

19.05.93

In - Fz

Berichtigung

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993

(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 - BBVAnpG 93)

Der Chef des Bundeskanzleramtes hat mit Schreiben vom 17. Mai 1993 - 021 (132) - 225 00 - Bu 197/93 - darum gebeten, die umseitig abgedruckte Seite 12 gegen die alte Fassung auszutauschen.

Anlage 2
(Anlage V des BBesG)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Ortszuschlag (Monatsbeträge in DM)		
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
Ia	B3 bis B11 C4 R3 bis R10	1066,03	1236,09	1381,60
Ib	B1 und B2 A13 bis A16 C1 bis C3 R1 und R2	899,29	1069,35	1214,86
Ic	A9 bis A12	799,21	969,27	1114,78
II	A1 bis A8	752,87	914,81	1060,32

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 145,51 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter diejenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse IC 639,37 DM
Tarifklasse II 602,30 DM

Stellungnahme des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1993 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1993 (BBVAnpG 93))

Der Bundesrat hat in seiner 658. Sitzung am 18. Juni 1993 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 3

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Mehrarbeitsvergütung über die vorgesehene lineare Anpassung von 3 vom Hundert hinaus überproportional so weit zu erhöhen, daß der Unterschiedsbetrag in den einzelnen Gruppen zur Überstundenvergütung vergleichbarer Angestellter - gemindert um den Zeitzuschlag - in einem zweiten Schritt vollständig abgebaut wird.

(noch Ziff. 1)

Begründung:

Die Anpassung der Mehrarbeitsvergütung der Beamten an die Überstundenvergütung nach dem Bundesangestelltentarifvertrag entspricht den Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom 3.5.1991 und der Finanzministerkonferenz vom 27.2.1992. Die nunmehr vorgeschlagene Anpassung an die Überstundenvergütung für Angestellte ohne Zeitzuschlag entspricht der Empfehlung der Finanzministerkonferenz.

Der Gesetzentwurf sieht jedoch nur eine lineare Anpassung von 3 v. H. vor. Das ist nicht ausreichend.

2. Zu Artikel 4a - neu -

Nach Artikel 4 ist folgender Artikel 4a einzufügen:

"Artikel 4a

Übergangsvorschrift für Rationalisierungsmaßnahmen

In Verwaltungsbereichen, in denen bei einer Verminderung der Planstellen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen die sich nach sachgerechter Bewertung der verbleibenden Funktionen ergebende zulässige Ausweisung von Beförderungssämtern überschritten wird, kann die Umwandlung der überzähligen Beförderungssämter für einen Zeitraum von längstens drei Jahren ausgesetzt werden, soweit dies aus personalwirtschaftlichen Gründen erforderlich ist."

Begründung

Bemühungen um Rationalisierung im Bereich der öffentlichen Verwaltung gewinnen in der gegenwärtigen kritischen Situation der öffentlichen

(noch Ziff. 2)

Finanzen zunehmende Bedeutung. Die Akzeptanz von Umorganisationen und Sparmaßnahmen im personellen Bereich ist jedoch bei den Bediensteten in der Regel dadurch eingeschränkt, daß Stellenstreichungen und die dadurch aufgrund des § 26 BBesG notwendig werdenden Rückschlüsselungen bei den Beförderungsstellen häufig die Beförderungsaussichten der vorhandenen Beamten nicht unwesentlich verschlechtern.

Um diese Nachteile abzuschwächen und damit dem vielfach - auch aus dem Kommunalbereich - erhobenen Vorwurf zu begegnen, daß die Stellenobergrenzen Rationalisierungsbemühungen erschweren, sieht der Änderungsvorschlag die gesetzliche Möglichkeit vor, den notwendig werdenden Abbau von Beförderungsstellen ausnahmsweise nicht sofort, sondern innerhalb einer Übergangsfrist von drei Jahren vorzunehmen. Durch die Formulierung ist sichergestellt, daß die Regelung nicht als allgemeine Ausnahme bei Umorganisationen mißverstanden werden kann. Mit der Befristung der Ausnahme bleibt der Charakter der geltenden Stellenobergrenzen als vereinheitlichende und maßstabbildende Regelung gewahrt.

Eine dauernde Veränderung der Wertigkeit von Funktionen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen muß im Wege einer Anpassung der verschiedenen Rechtsvorschriften über Stellenobergrenzen berücksichtigt werden. Auf die Verbesserungen durch gesetzliche Neuregelungen der vergangenen Jahre wird insoweit Bezug genommen.

3. Zu Artikel 4b - neu -

Nach Artikel 4a - neu - ist folgender Artikel 4b - neu - einzufügen:

"Artikel 4b

Übergangsvorschrift für in das Beitrittsgebiet
entsandte Beamte

Für Beamte, die mindestens zwei Jahre in das Beitrittsgebiet zur Aufbauhilfe entsandt waren, können bis zum 31. Dezember 1998 die für den höheren Dienst in § 26 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes bestimmten Stellenobergrenzen in den Besoldungsgruppen A 15, A 16 und B 2 zusammen um 5 Prozentpunkte und in den Besoldungsgruppen A 16 und B 2 zusammen um 2 Prozentpunkte überschritten werden."

Begründung:

Die für längere Zeit in das Beitrittsgebiet zur Aufbauhilfe entsandten Beamten werden für die Dauer der Tätigkeit z. T. auf besonderen Stellen geführt. Ihre Wiedereingliederung in den allgemeinen Stellenbestand nach Rückkehr bereitet Schwierigkeiten. Insbesondere darf dies nicht zur Benachteiligung der Beamten führen, die bei ihrer Dienststelle verblieben sind und durch die Abwesenheit der entsandten Beamten im erheblichen Umfang belastet waren. Im Bereich des gehobenen Dienstes können die Schwierigkeiten aufgrund der durch das Besoldungsanpassungsgesetz 1991 verbesserten Stellenobergrenzen gelöst werden. Im Führungsbereich des höheren

(noch Ziff. 3)

Dienstes ergeben sich hingegen in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16 aufgrund des geringen Personalbestandes erhebliche Engpässe. Abhilfe soll hier dadurch geschaffen werden, daß eine geringfügige Überschreitung der Stellenobergrenzen in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16 zugelassen wird. Die Regelung ist zeitlich befristet und auf Beamte beschränkt, die mindestens 2 Jahre Aufbauhilfe geleistet haben.